

# Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

**Volkswille**  
für Oberschlesien

Schreibleitung und Geschäftsstellen:  
**Lodz, Petrikauer Straße 109**  
Telephon 136-90 - Postfach-Konto 63-508  
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielsk, Republikanska 4

**Volksstimme**  
Bielsk-Biala u. Umgebung

## 13 Punkte Hitlers.

**Reichskanzler Hitler unterbreitet im Reichstag seinen Standpunkt zu den aktuellen europäischen Problemen.**

Berlin, 21. Mai. Heute Abend kurz vor 8 Uhr ist der Reichstag zusammengetreten, um die Rede des Reichskanzlers Hitler, die gewissermaßen eine Rechtfertigung der letzten außenpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung und eine Darlegung des deutschen Standpunktes zu den aktuellen Fragen der internationalen Politik sein sollte, anzuhören.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Reichstagspräsident Göring u. a. des Marschalls Piłsudski in einer kurzen Rede. Das Andenken des Marschalls Piłsudski wurde von den Nazi-Abgeordneten durch Erheben von den Sitzen geehrt.

Darauf ergriff der Reichskanzler Hitler das Wort zu seiner Rede. Nachdem er nochmals versichert, daß Deutschland keinerlei territoriale Ansprüche an Frankreich habe, sprach er sich ganz entschieden gegen kollektive Verbandsverträge als auch gegen den Nichtpakt aus, wobei er es nicht unterlassen konnte, einige Ausfälle gegen das kommunistische Rußland zu machen. Zu den Verbandsverträgen sagte Hitler, daß sich diese nicht viel von den früheren Militärbündnissen unterscheiden. Auch zur österreichischen Frage sprach er und gab hierbei seinem Bedauern Ausdruck, daß sich durch die Entwicklung der Lage in Österreich das Verhältnis zwischen Italien und Deutschland so verschlechtert habe.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen legte Reichskanzler Hitler im einzelnen folgende Stellungnahme der Reichsregierung dar:

1. Die deutsche Reichsregierung lehnt die am 17. März erfolgte Genfer Entschließung ab. Nicht Deutschland hat den Vertrag von Versailles einseitig gebrochen, sondern das Diktat von Versailles wurde in den bekanntesten Punkten einseitig verletzt und damit außer Kraft gesetzt durch jene Mächte, die sich nicht entschließen konnten, der von Deutschland verlangten Abrüstung die im Vertrag vorgesehene eigene folgen zu lassen. Die durch diesen Beschluß in Genf Deutschland zugesetzte neue Diskriminierung macht es der deutschen Regierung unmöglich, in diese Institution zurückzukehren, bevor nicht die Voraussetzung für eine wirklich gleiche Rechtslage aller Teilnehmer geschaffen ist. Zudem erachtet es die deutsche Reichsregierung als notwendig, zwischen dem Vertrag von Versailles, der aufgebaut ist auf der Unterscheidung der Nationen in Sieger und Besiegte, und dem Völkerbund, der aufgebaut sein muß auf der Gleichberechtigung aller seiner Mitglieder, eine klare Trennung herbeizuführen. Diese Gleichberechtigung muß sich auf alle Sanktionen und alle Besitzrechte im internationalen Leben erstrecken.

2. Die deutsche Reichsregierung hat infolge der Nichterfüllung der Abrüstungsverpflichtungen durch die anderen Staaten sich ihrerseits losgesagt von diesen Artikeln, die infolge der nunmehr einseitigen vertragswidrigen Belastung Deutschlands eine Diskriminierung der deutschen Nation für unbegrenzte Zeit darstellen (?). Sie erklärt aber hiermit feierlichst, daß sich diese ihre Maßnahmen ausschließlich auf die moralisch und sachlich das deutsche Volk diskriminierenden und bekanntgegebenen Punkte bezieht. Die deutsche Regierung wird daher die künftigen, das Zusammenleben der Nationen betreffenden Artikel einschließlich der territorialen Bestimmungen voll respektieren und die im Wandel der Zeiten unvermeidlichen Revisionen nur auf dem Wege einer friedlichen Verständigung durchführen.

3. Die deutsche Reichsregierung hat die Absicht, keinen Vertrag zu unterzeichnen, der ihr unerfüllbar erscheint, sie wird aber jeden freiwillig unterzeichneten Vertrag, auch wenn seine Abfassung vor ihrem Regierungsantritt stattfand, peinlich einhalten. Sie wird insbesondere daher alle aus dem Locarno-Pakt sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten und erfüllen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu die-

in der Respektierung der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhört schweren Beitrag zur Beruhigung Europas. Sie glaubt aber darauf hinweisen zu müssen, daß die fortgesetzten Truppenvermehrungen auf der anderen Seite keineswegs als eine Ergänzung dieser Bestrebungen anzusehen sind.

4. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu beteiligen, hält es aber dann für notwendig, dem Geseh der ewigen Weiterentwicklung durch die Offenhaltung vertraglicher Revisionen entgegenzukommen. Sie sieht in der Ermöglichung einer geregelten Vertragsentwicklung ein Element der Friedenssicherung, in dem Abdroffeln jeder notwendigen Wandlung eine Auffassung für spätere Explosionen. (!)

5. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß der Wiederaufbau einer europäischen Zusammenarbeit sich nicht in den Formen einseitig aufstrotzender Bedingungen vollziehen kann. Sie glaubt, daß es richtig ist, sich angesichts der nicht immer gleichgelagerten Interessen stets mit einem Minimum zu begnügen, statt diese Zusammenarbeit infolge eines unerfüllbaren Maximums an Forderungen scheitern zu lassen. Sie ist weiter der Überzeugung, daß sich diese Verständigung mit einem großen Ziel im Auge nur schrittweise vollziehen kann.

6. Die deutsche Regierung ist grundsätzlich bereit, Nichtangriffspakte mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen und diese durch alle Bestimmungen zu ergänzen, die auf eine Isolierung der Kriegführenden und eine Lokalisierung des Kriegsherdes abzielen. Sie ist insbesondere bereit zur Übernahme aller Verpflichtungen, die sich daraus für die Lieferung von Materialien und Waffen im Frieden oder Krieg ergeben mögen und von allen Parteien übernommen und respektiert werden.

7. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, zur Ergänzung des Locarno-Paktes einem Luftabkommen zuzustimmen und in seine Erörterungen einzutreten.

8. Die deutsche Reichsregierung hat das Ausmaß des Aufbaues der neuen deutschen Wehrmacht bekanntgegeben. Sie wird davon unter keinen Umständen abgehen. Sie sieht weder zu Lande, noch zur Luft, noch zur See in der Erfüllung ihres Programms irgendeine Bedrohung einer anderen Nation. Sie ist aber jederzeit bereit, in ihrer Waffenrüstung jene Begrenzung vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen werden. Die deutsche Regierung hat von sich aus bereits bestimmte Begrenzungen ihrer Absichten mitgeteilt. Sie hat damit am besten ihren guten Willen gekennzeichnet, ein unbegrenztes Wettrüsten zu vermeiden. Ihre Begrenzung der deutschen Aufrüstung auf den Stand einer Parität mit den einzelnen anderen wesentlichen großen Nationen ermöglicht jederzeit die Fixierung einer oberen Zahl, die dann mit einzuhalten sich Deutschland bindend verpflichtet wird.

Die Begrenzung der deutschen Marine liegt mit 35 Prozent der englischen mit noch 15 Prozent unter dem Gesamttonnagement der französischen Flotte. Die deutsche Reichsregierung erklärt bindend: Diese Forderung ist für Deutschland eine endgültige und bleibende. (Hierzu führte Hitler ergänzend aus, daß Deutschland nicht die Absicht habe, in irgendeine neue Flottenrivalität einzutreten und erkennt die britische Vorherrschaft zur See an.)

9. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, sich an allen Bestrebungen aktiv zu beteiligen, die zu praktischen Begrenzungen uferloser Rüstungen führen können. Sie sieht den einzig möglichen Weg hierzu in einer Rückkehr zu den Gedankengängen der einstigen Genfer Konvention des Roten Kreuzes. Sie glaubt zunächst nur an die Möglichkeit einer schrittweisen Abschaffung und Verbesserung von Kampfmitteln und Kampfmethoden, die ihrem innersten Wesen nach im Widerspruch stehen zur bereits

Sie glaubt dabei, daß ebenso wie die Anwendung von Dummungsgeschossen einst verboten und im großen damit auch praktisch verhindert wurde, auch die Anwendung bestimmter Waffen zu verbieten und damit praktisch zu verhindern ist. Sie versteht darunter alle jene Kampfmaschinen, die in erster Linie weniger den kämpfenden Soldaten als vielmehr den am Kampfe selbst unbeteiligten Frauen und Kindern Tod und Vernichtung bringen. Die deutsche Reichsregierung hält den Gedanken, Flugzeuge abzuschießen, aber das Bombardement offen zu lassen, für irrig und unwirksam. Sie hält es aber für möglich, die Anwendung bestimmter Waffen als völkerrechtswidrig zu verbieten und die Nationen, die sich solcher Waffen dennoch bedienen, als außerhalb der Menschheit und ihrer Rechte und Gesetze stehend, zu verurteilen.

Ein schrittweises Vorgehen kann hier am ehesten zum Erfolg führen. Also: Verbot des Abwerfens von Gas-, Brand- und Sprengbomben außerhalb einer wirklichen Kampfzone. Diese Beschränkung kann bis zur vollständigen internationalen Verurteilung des Bombenabwurfs überhaupt fortgesetzt werden. Solange aber der Bombenabwurf als solcher freisteht, ist jede Begrenzung der Zahl der Bombenflugzeuge angesichts der Möglichkeit des schnellsten Ersatzes fragwürdig.

Wird aber der Bombenabwurf als solcher als völkerrechtswidrige Barbarei gebrandmarkt, so wird der Bau von Bombenflugzeugen bald als überflüssig von selbst sein Ende finden.

10. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, jeder Beschränkung zuzustimmen, die zu einer Beseitigung der gerade für den Angriff besonders geeigneten schweren Waffen führt. Diese Waffen umfassen erstens schwere Artillerie und zweitens schwere Tanks. Angesichts der ungehürten Befestigung der französischen Grenze würde eine solche internationale Beseitigung der schwersten Angriffswaffen Frankreich automatisch in den Besitz einer geradezu hundertprozentigen Sicherheit bringen.

11. Deutschland erklärt sich bereit, jeder Begrenzung der Kaliberstärke der Artillerie, der Schlachtschiffe, Kreuzer und Torpedoboote zuzustimmen. Desgleichen ist die deutsche Regierung bereit, jede internationale Begrenzung der Schiffsgrößen zu akzeptieren und erklärt sich bereit, der Begrenzung des Tonnagegehalts der U-Boote oder auch ihrer vollkommenen Beseitigung für den Fall einer internationalen Regelung zuzustimmen.

12. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß alle Versuche, durch internationale oder mehrstaatliche Vereinbarungen eine wirksamere Milderung gewisser Spannungen zwischen einzelnen Staaten zu erreichen gebühlich sein müssen, solange nicht durch geeignete Maßnahmen einer Vergiftung der öffentlichen Meinung der Völker durch unverantwortliche Elemente in Wort und Schrift, Film und Theater erfolgreich vorgebeugt wird.

13. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, einer internationalen Vereinbarung zuzustimmen, die in einer wirksamen Weise alle Versuche einer Einmischung von außen in andere Staaten unterbindet und unmöglich macht. Sie muß jedoch verlangen, daß eine solche Regelung international wirksam wird und allen Staaten zugute kommt.

Da die Gefahr besteht, daß in Ländern mit Regierungen, die nicht vom allgemeinen Vertrauen ihres Volkes getragen sind, innere Erhebungen von interessierter Seite nur zu leicht auf äußere Einmischung zurückgeführt werden können (!), erscheint es notwendig, den Begriff „Einmischung“ einer genauen internationalen Definition zu unterziehen.

Nach der Darlegung dieser Programmpunkte der Reichsregierung wandte sich Hitler wieder direkt an die Abgeordneten und schloß seine Rede, indem er noch einmal die Versicherung gab, daß er nur den Frieden wolle.

### Der Chaco-Konflikt.

Genf, 21. Mai. Die außerordentliche Völkerbundsversammlung für den Chaco-Streitfall hat ihre kurze Tagung am Dienstag mittag mit der Annahme des Berichts abgeschlossen, nach dem die weitere Behandlung der Angelegenheit der Konferenz in Buenos Aires überlassen

### Die Tschekoslowakei nach den Wahlen.

Mit irgendwelchen Ueberraschungen innerhalb der tschechischen Parteien hat man bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus und Senat nicht gerechnet. Zwar sind Neuwahlen zum Parlament fast ein halbes Jahr früher und zum Senat sogar um zwei Jahre früher erfolgt. Man war des demokratischen Sieges so sicher, daß man den Vorgängen im deutschen Lager nicht die Aufmerksamkeit schenkte, wie es im Interesse des Gesamtstaates erforderlich war. Jetzt hat man eine Ueberraschung innerhalb des Reichstums erlebt, indem das faschistische Lager, die Sudeten-Deutsche Partei Henleins, wahrscheinlich als die stärkste oder zweitstärkste Partei ins Abgeordnetenhaus einzuziehen wird. Man hat dem deutschen Faschismus beim Machtantritt Hitlers durch die Auflösung der Nationalsozialisten, der Deutschen Nationalen, ein Ende bereitet, dafür aber eine neue Gründung zugelassen, die sich zunächst Sudeten-Deutsche Heimatfront nannte und jetzt als „Partei“ Henleins, nach den Methoden des Dritten Reiches, das deutsche bürgerliche Lager überrannte und der deutschen Sozialdemokratie starke Einbußen verursachte. Zwar mimi man noch Loyalität, doch unterläßt man es, im grenzenlosen Nationalismus keineswegs im Klüftertone den Anschluß Sudeten-Deutschlands an das Dritte Reich zu propagieren. Auf diese Gefahr ist hier vor den Wahlen bereits hingewiesen worden.

Im allgemeinen haben die tschechischen Linksparteien gut abgeschnitten und auch die Kommunisten haben sich über Erwarten gut gehalten, wenn sie hier und da auch eine geringe Einbuße zu verzeichnen haben. Die tschechische Sozialdemokratie hat einen erheblichen Stimmenzuwachs aufzuweisen, so daß die Demokratie im tschechischen Lager einen schönen Erfolg davongetragen hat. Unter den gegebenen Umständen wäre die Fortsetzung der bisherigen Koalition möglich, doch hat die deutsche Sozialdemokratie etwa 10 Mandate verloren und dürfte jetzt als Koalitionspartner nicht mehr in Frage kommen, so daß es durchaus möglich erscheint, daß eine nationale Koalition statt der Mitarbeit der Deutschen im Staat in Frage kommt. Ob sich an einer nationalen Koalition die tschechischen Sozialdemokraten beteiligen werden, steht noch dahin. Die faschistischen und nationalistischen Parteien, Gajda und Kramarisch, haben nicht den Erfolg erreicht, den sie in Opposition zu erlangen hofften. Es liegen ja auch noch nicht die endgültigen Wahlergebnisse vor, so daß man auch die Umorientierung im tschechischen Lager abwarten muß. Vorerst sei festgestellt, daß der Linkskurs in der Tschekoslowakei ungebrochen ist und fortgesetzt werden kann, wenn die Nationalisten nicht aus dem Ergebnis im deutschen Lager eine Schlußfolgerung ziehen die leicht zu einem Rechtskurs führen kann. Kommunisten, Sozialdemokraten und deutsche Sozialdemokraten dürfen indessen im künftigen Abgeordnetenhaus stark genug sein, um jeden faschistischen Angriff abzuwehren.

Der Sieg der Henleinfront ist den tschechischen Nationalisten Wasser auf die Mühle ihres tschechischen Machtwahns, und wir können im Laufe der kommenden Monate auf mancherlei Ueberraschungen gefaßt sein. Worauf ist der Erfolg der Henleinfront zurückzuführen, werden manche naiv fragen und dies wahrscheinlich im deutschbürgerlichen Lager auf den „Erfolg Hitlers“ im Dritten Reich buchen. Nichts wäre irriger, als diese Annahme. Wir haben an dieser Stelle die Niederlage der

## Das deutsche Wehrgesetz veröffentlicht.

### Das militärpflichtige Alter von 18 bis 45 Jahre festgesetzt.

Berlin, 21. Mai. Heute wurde das deutsche Wehrgesetz veröffentlicht, das 38 Paragraphen enthält. Das Gesetz enthält die Bestimmung, daß das militärpflichtige Alter mit dem 18. Lebensjahre beginnt und bis zum 45. Jahre dauert. Zum aktiven Militärdienst werden jedoch die Männer erst einberufen werden, wenn sie das 30. Lebensjahr beendet haben werden. Es werden auch Freiwillige unter diesem Alter angenommen werden, doch müssen diese vorher den Arbeitsdienst beendet haben und arischer Abstammung sein. Das Wehrgesetz enthält übrigens die Bestimmung, daß nur Arier höhere Ämter beim Militär bekleiden können. Ueber die Zulassung der Nichtarier zum Militärdienst wird noch eine besondere Kommission entscheiden. Die Dienstdauer ist in allen Waffengattungen einheitlich auf ein Jahr festgesetzt worden.

### Imperialistische „Verteidigung“.

Der italienische Senat hat den Vorschlag für das Haushaltsjahr 1935/36 genehmigt. Der Vorschlag sieht bei einer Gesamtausgabe von 19,645 Milliarden und einer Gesamteinnahme von 17,988 Milliarden einen Freibetrag von rund 1,7 Milliarden vor. Die Ausgaben für den imperialistischen Deutzezug nach Abyssinien sind in den obigen Zahlen nicht inbegriffen. Der Finanzminister Thaon di Revel erklärte im Senat, daß diese Ausgaben als außerordentliche zu betrachten wären und die Kleinigkeit von nur 620 Millionen Lire erreichen.

bürgerlichen deutschen Parteien und auch der deutschen Sozialdemokratie vorausgesehen. Die deutschen Sozialdemokraten mußten die Rede für ihre Mitarbeit in der tschechisch-deutschen Koalition in der Regierung bezahlen und sie fiel teuer genug aus, denn sie verlieren etwa 10 bis 11 Abgeordnetenitze und 3 bis 5 Senatoren. Man schätzt ja nicht den Erfolg in bezug auf soziale Leistungen und bei der Arbeitsbeschaffung, sondern weist nur auf den Verrat hin, der angeblich durch die Mitarbeit Deutscher mit den Tschechen gegenüber dem Gesamtdeutschtum erfolgt ist. Einen Ausgleichsvertrag der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit, müssen die deutschen Sozialdemokraten mit dem Verlust von 11 Mandaten buchen. Das war vorausgesehen, denn alle Erwartungen, die die politischen Mitläufer der deutschen Sozialdemokraten gehegt haben, sind nicht in Erfüllung gegangen, was auf die tschechische Minderheitenbehandlung gerade gegenüber der deutschen Arbeiterschaft zurückzuführen ist.

Die deutschen Sozialdemokraten in der tschechischen Regierungskoalition müssen für die Sünden des tschechischen Nationalismus die Opfer tragen. Die bürgerlichen deutschen Parteien standen geschlossen gegen den Marxismus, der ja nach ihrer Ansicht, nach der Niederlage in Deutschland und Oesterreich, keine Daseinsberechtigung mehr hat. Wenn unsere deutschen Genossen in der Tschekoslowakei immer noch gegen 300 000 Stimmen auf sich vereinen haben, so ist das in dieser Zeit immer noch ein beachtenswerter Erfolg, wenn er auch mit Rücksicht auf den Verlust schmerzhaft erscheinen mag. Wir waren uns darüber klar, daß die nationalsozialistische Welle aus dem

Das italienische Volk wird dieses imperialistische Spiel, welches zur Stützung des faschistischen Regimes dienen soll, mit der Weiterentwicklung dieses Abenteuers noch wesentlich teurer bezahlen müssen. Da es aber zur Ernüchterung des Volkes und zum Ende des Faschismus in Italien sicherlich beitragen wird, darf man immerhin, bei Lage der Dinge, dieses Geld nicht als ganz verloren zu betrachten.

### Englische Sozialisten verlangen klare Maßnahmen.

Der parlamentarische Führer der englischen Arbeiterpartei, Lansbury, erklärte, die in der Rede Edens in Fulham dargelegten guten Absichten genügten nicht. Die Labourpartei billige einen großen Teil der außenpolitischen Gedankengänge Edens. Aber die schönen Gefühle seien wertlos, solange sie nicht in Taten umgesetzt würden. Heute sei vor allem eine Zusammenkunft der europäischen Staatsmänner aller Länder nötig. Die britische Regierung müsse, wenn erforderlich, diesen Staatsmännern erklären, daß England zur Abschaffung der Luftwaffe bereit sei und an der Organisierung einer internationalen Kontrolle der Wiatik mitwirken wolle. Die englischen Vertreter hätten dann ein Anrecht darauf, von den anwesenden Staatsmännern eine klare Antwort auf diesen Vorschlag zu verlangen. Die Welt würde dann wissen, welche Länder den Frieden wirklich wollen.

Dritten Reich kommt und den Anschluß sudeten-deutscher Gebiete an Hitlers Reich versprechend, einen Erfolg davontragen muß, wenn wir auch glauben, daß die bürgerlichen Parteien stabile Wähler haben und nicht Flugjand, wie es sich jetzt, bei den Erfolgen Henleins, erweist. Schade, daß die Henleinfront nicht durch die Tschechen als regierungsfähig angesehen wird, dieser Erfolg wäre leicht und schnell zu brechen, wenn Henlein zeigen müßte, was nun dieser Wählerfolg auch in der Praxis aufzuweisen vermag. Diese politische Probe bleibt ihm leider erspart und man wolle schließlich auch nur Stimmen für Hitler werben und nicht der deutschen Minderheit in der Tschekoslowakei helfen.

Es wäre verfehlt zu schweigen, daß Henleins Erfolg ausschließlich auf das Konto des tschechischen Nationalismus zurückzuführen ist. In deutschen Gebieten der Tschekoslowakei ist die Arbeitslosigkeit und die Not am größten. Denn die meisten Betriebe sind seit Jahren geschlossen. Da kommt Henlein und verspricht alles, was je gewünscht wird. Die anderen hätten nur geredet. Die Taten, die nun den Henleinreden folgen sollen, möchten wir gerne sehen, doch wird er leider nicht in die Verlegenheit kommen, den Worten Taten folgen zu lassen. Die große Probe, für Hitler zu werben, ist ein einziger Mißerfolg, denn etwa einer Million Stimmen Henleins stehen gegen 8 Millionen Stimmen entgegen, die nicht zu einem Anschluß an Deutschland wijfen wollen. Aber der deutsche Nationalismus hat durch Henlein einen Auftrieb erhalten, der sich schon in den nächsten Wochen und Monaten durch eine noch härtere Ausrottungsbestrebung

## Die Liebe der schönen Frau Nadia

Roman von Raymond de Alessi

(21. Fortsetzung)

„Nadia, glauben Sie, daß man ungestraft Ihr Leben streifen kann. Ihr Vertrauter sein soll und, ohne sich daran zu barauschen, den Atem Ihrer Seele spüren darf? Nadia, wer würde nicht bewegt sein, wenn er sich über Sie neigt, über das kleine lebende Geheimnis, Sie, ein Wunder aus der Ferne, um die es voll Unbekanntes liegt, voll süßem Dunkel und einer unendlichen Güte.“

Communes drängte sich dicht an die junge Frau, er sah zu ihr auf und seine Knie streifte den Boden.

„Nadia, ich spreche von Ihrer Seele, doch was für ein Mann wäre ich, welches Herrtüm eines Mannes, wenn ich Ihre Augen gesehen hätte, Ihre Stimme gehört, Ihre beschwingte Lieblichkeit empfunden, ohne Sie zu verehren?“

Er sah im Halbschatten das helle kindliche Gesicht, die wundervoll großen Augen und die Lippen, die bei dem tiefen Atemholen der jungen Frau halb offen standen. Wie er sich zu ihr beugte, fuhr sie zurück.

„Es ist sehr schlecht von Ihnen, mich hier in diesem Sessel gefangen zu halten!“

Sie lächelte gewaltsam.

„Es ist schlimmer noch, mich im Leben einkerkern zu wollen, denn die Liebe ist ein Kerkermeister.“

„Seien Sie vernünftig, mein Freund, setzen Sie sich, hören Sie mir zu, sehen Sie meine Trauerkleidung!“

„Ihr Gatte, ja gewiß, ich achte und verstehe Ihren Schmerz, doch Sie liebten ihn ja nicht mit Glat!“

Communes blickte gespannt auf ihren Mund, es erfolgte kein Protest gegen seine Worte.

„Deshalb, Nadia, da Sie diesen gütigen und großen Mann, der so alt war gegenüber Ihnen, nicht in tiefster Liebe liebten, ist Ihr Herz frei, Sie können Ihren Gatten beweinen, wie man einem Vater Tränen nachweint, und doch die Liebe eines anderen annehmen.“

Nadia antwortete nicht. Der offene Mantel zeigte das Weiß ihres Halses in dem ausgeschnittenen Kleide, eine feine Reihe von Perlen, die zitterten, und die im Brust, die den Stoff spannte. Die gebieterische Betörung ihres Parfüms kam in Wellen zu Communes. Er erhob sich ein wenig, neigte sich, und sein Mund berührte den von Nadia Jordan.

Dann stieß er einen Ruf aus.

„Sie haben mir wehe getan!“

Die junge Frau hatte ihn in die Lippen gebissen, er fühlte eine kleine Wunde und den salzigen Geschmack des Blutes. Eine Sekunde schwankte er zwischen Liebe und Hohn. Nadia ließ ihm nicht die Zeit, zwischen einem dieser Begriffe zu wählen.

„Verzeihen Sie, ich hatte es Ihnen nicht erlaubt, und ich habe mich verteidigt.“

Sie sprach mit einer melodischen Stimme, ernst jedoch, klangvoll wie die Töne eines Cellos. Communes wußte, daß der Stimme mancher Frau das Begehren solchen Klang verleiht. Dadurch beängstigte sich sein Zorn. Er rief: „Sie sind ein kleines Raubtier, Nadia“, und versuchte dabei zu lachen. „Nur in der Verteidigung, nicht im Angriff! Lassen Sie mich aufstehen, mein Freund. Ich bin nicht böse, doch es ist spät und der Schwager kommt zum Essen.“

Der Rechtsanwält schaltete mit Bedauern die Deckenbeleuchtung ein, die junge Russin öffnete ihre Handtasche. Mit einigen Bewegungen der Puderquaste brachte sie ihr Aussehen in Ordnung, ohne Gite, wie wenn nichts

gewöhnliches sich ereignet. Rot legte sie nicht auf die Lippen.

„Nun bin ich bereit zu gehen.“

Sie wandte sich zur Türe, vor der Communes schon stand. Sollte er sie gehen lassen? Dieser Rückzug rinnerte zu sehr an neulich; und würden dann nicht die Tage voll Angst und quälender Erwartung wieder beginnen? Er streckte ihr bittend die Hände entgegen. Doch sie lächelte und näherte sich ihm.

„Seien Sie mir nicht böse, mein Herr Rechtsbeistand, zeigen Sie mir die Wunde, die ich Ihnen zugefügt, lassen Sie mich diese sehen!“

Dann nahm sie seine Schläfen zwischen die Hände, auf seiner Unterlippe perlte ein Blutstropfen. Rasch zog Nadia den Kopf des jungen Mannes an sich und presste ihren Mund auf den kleinen Biß. Es war eine warme Berührung, seltsam, schwindelerregend, wie der Biß eines Tieres, und göttlich zugleich wie Fiolbes Kuß. Dem Hunger und Begehren verbanden sich Zärtlichkeit und Wildheit. Außerordentlich war sie, diese Berührung, die auf einigen Zentimetern lebenden Fleisches die Vereinigung herstellte zwischen der Welt des Westens, der alten Rasse Zivilisierter, die dieser Mann verkörperte, und dem barbarischen Asien, dem die Frau entstammte! Seltsam und schwindelerregend war dieser Kuß, der den Geschmack des Blutes enthielt.

Der Rechtsbeistand fühlte den jungen Körper gegen den seinen, die warme Brust dicht an ihn gepreßt. Ihn unerklärbar hatte er die Senation, daß ihr Körper in Bewegung sei und von den Schultern bis zu den Knien von Erschütterung durchbebt. Communes empfand überall zugleich Lieblosung. Eine wunderbare Welle durchrieselte ihn im Innern und außen, so stark, daß der Boden unter seinen Füßen zu schwanken schien. Er mußte sich gegen den Rahmen der Türe stützen.

Fortsetzung folgt.





# Der Nazismus als Zerkleinerungselement.

## Die Vernichtung des Auslandsdeutschtums. — Nazis im Dienst der deutschen Außenpolitik.

In unserem Artikel „Wo liegen die Ursachen der Zerkleinerung“ haben wir die Entwicklung innerhalb des Deutschtums in Polen aufgezeigt, die sich als Folge der Gleichschaltung an die Geschehnisse im Dritten Reich vollzogen hat. Wir haben bei dieser Gelegenheit angekündigt, daß wir die Verfallserscheinungen innerhalb des Auslandsdeutschtums weiter verfolgen werden. Zunächst sei eine Vorbemerkung entschuldigt, da niemand gern an die Vergangenheit denkt, die einst das Volk auszubaden hat. Nicht nur vor Beginn des Weltkrieges, sondern auch noch während des großen Völkermordens gab es Mahner und Ruser in dieser nationalistischen Verheerung, daß einst ein Tag kommen wird, wo man gern alles vergessen haben möchte. Der Verfasser dieser Zeilen kann für sich in Anspruch nehmen, daß er während des Krieges in der Auslandspresse als Ruser im Streit gegen die deutsche Annexionspolitik aufgetreten ist und deshalb oft vom deutschen Parteivorstand gerüffelt wurde, bis leider der November 1918 zeigte, wie verhängnisvoll die Kriegspolitik der SPD war. Zwar mag es verwegen erscheinen, an diesen Dingen zu erinnern, und dennoch tragen sie gemeinsame Anzeichen. Zu Beginn des Krieges erfochten die deutschen Soldaten Sieg auf Sieg, aber zugleich wurde gelogen, die Presse zum Siegfrieden gleichgeschaltet, eine Zensur, die schlimmer wütete, als heute die Reichspropaganda, ausgeübt. Das ganze Volk glaubte an den Siegfrieden, bis der Rajenjammer kam. Auch heute tobt sich der „Erfolg“ Hitlers aus und zerstört die ganze Zukunft des deutschen Volkes. Es mag dies noch Monate oder Jahre dauern, die Katastrophe wird viel ungeheurer sein, als sie im November 1918 war.

Wir als Auslandsdeutsche von Gebet und Verderb der deutschen Nation in unserem Bestand abhängig sind, kämpfen wir gegen die braune Pest als einzelne, wohlwollend, daß wir von einem Teil des sogenannten Deutschtums mit Mißtrauen verfolgt werden, wie seinerzeit als wir gegen den Wahnsinn der deutschen Militärs und ihren Geist aufgetreten sind. Freilich ist es leichter, mit dem Strom und dem Nazismus zu schwimmen, als sich auf die andere Seite der Barrikaden zu schlagen und vordringend scheinbar fast auf verlorenem Posten zu stehen. Aber die geschichtliche Entwicklung wird uns Recht geben, was nicht ausschließt, wenn wir auch vorläufig sogar von der nächsten Umgebung der Mittkämpfer nicht verstanden werden. Es war während des großen Völkermordens nicht anders. Deutschland steht wieder gegen eine Welt von Feinden. Was man früher Grenzpropaganda der Gegner gegen das deutsche Volk nannte, erweist sich jetzt als Werk Hitlers und seiner Gefolgschaft. Das deutsche Volk steht vereinsamt und teils verachtet in der Welt da. Im Kriege waren es wenigstens die Neutralen, die Deutschlands Ansehen und deutschen Geist verteidigt haben, heute tun es nur noch Göbbels bezahlte Kreaturen und bestellte Artikel in einer politisch käuflichen Presse. Darüber hinaus werden zur Verachtung des Deutschtums und des Auslandsdeutschtums noch Zeitungen von Berlin aus unterhalten, die dem Volke einflößen sollen, wie herrlich weit es Adolf Hitler und sein Nationalsozialismus gebracht haben. Es ist notwendig, in aller Klarheit diese Entwicklung zu kennzeichnen.

Es mag eine Fronte des deutschen Schicksals sein, daß seine heutigen Machthaber auszogen, um den Volksschwachsinn zu vernichten. Aber wer näher steht, der weiß, daß sich diese Volksschwachsinn aller Methoden bedienen, um ihrer Politik den Rückhalt zu sichern. Die Sowjetunion geht heute zu anderen Mitteln über und überläßt ihre Auslandsfilialen, die kommunistischen Parteien, ihrem Schicksal. Man lehnt sie einfach ab, wenn sie nicht

mehr gebraucht werden oder gar schädlich sind, wofür gerade jetzt die Tschechoslowakei und Frankreich ein praktisches Beispiel sind. Und das Deutschtum in Polen erfährt von Berlin früher oder später das gleiche Schicksal, als Folge der Zwangsläufigkeit der deutschen Außenpolitik. Es ist doch kein Geheimnis, daß Länder, die sonst eine minderheitfreundliche Politik betrieben hatten, nach Auftreten der nationalsozialistischen Bestrebungen in ihren Ländern, das Deutschtum fast völlig liquidierten. Hier seien nur die Esten und die Letten erwähnt, die einmal gute und schöne deutsche Organisationen aufzuweisen hatten, heute aber von diesen noch kaum etwas zu merken ist. Das deutsche Beispiel der Vernichtung der Demokratie hat dort zuerst die Nachahmer gefunden und im Zusammenhang damit auch das Deutschtum ausgerottet. Die litauische Regierung führte schon immer einen Kleinkrieg gegen das Deutschtum, aber erst als man ähnliche Schöpfung im Memelgebiet aufzog, wie im Reich die nationalsozialistischen Parteien verschiedenster Richtungen, griff man zu und die Folgen sind bekannt, sie kamen im Kownoer Prozeß gegen das Memeldeutschtum genügend zum Ausdruck. Zwar ist noch ein kleiner Haufen Deutschtum im Memelgebiet vorhanden, aber die nächsten Wahlen werden zeigen, daß auch hier der Nationalsozialismus das Lebenselement vernichtet hat. Die Zerkleinerungskämpfe innerhalb des Deutschtums in Polen sind bekannt. Dänemark und Holland und auch Belgien wenden heute gegen die nationalsozialistischen Bestrebungen Mittel an, die früher oder später zur Vernichtung des deutschen Elements führen müssen. Auf dem Balkan ist es in Rumänien, in Jugoslawien nicht anders. Das Auslandsdeutschtum verliert von Tag zu Tag an Boden und die Regierungen greifen durch, so daß die letzten Reste des Minderheitenschutzes verloren gehen. Nicht anders steht es jetzt in der Tschechoslowakei, aber auch in anderen Ländern liegen die Dinge nicht besser. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es Folgen sind, die aus der Annahme nationalsozialistischer Bestrebungen aus dem Reich in das Auslandsdeutschtum entstanden. Nicht überall ist das so eindeutig sichtbar, wie in Polen.

Warum diese Methode scheitern muß, kann man nur aus der deutschen Außenpolitik des Dritten Reiches folgern. Wir erinnern an die nationalsozialistische Bibel: „Mein Kampf“, um zu wissen, warum die ganze Welt sich gegen das Deutschtum zur Wehr setzt. Dort wird angekündigt, daß alles, was deutsch ist, in ein Reich zusammengeschlossen werden muß. Also eine groß angelegte Annexion, wie sie selbst die deutschen Siegmilitaristen nicht zu träumen wagten. Die Schweiz, Italien und nicht zuletzt Oesterreich sind die Vorfelder, auf denen der Kampf ausgetragen werden soll. Und weil die Welt heute nach etwa 2 1/2 Jahren Nazimacht in Deutschland weiß, wohin der Kurs des Nationalsozialismus treibt, darum die Wehr gegen das Auslandsdeutschtum, zuweisen in einer Form, die einer Vernichtung dieser deutschen Minderheit gleichkommt. Wir haben hier in kurzen Zügen aufgewiesen, wie sich die nationalsozialistische Lehre und ihre Bestrebungen am Auslandsdeutschtum ausgewirkt haben. Diese „Erfolge“ sehen ganz anders aus, als wie sie die reichsdeutsche Presse darzustellen beliebt. Darum unser Kampf gegen die braune Pest als Weltgefahr. Nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen seine heutigen Machthaber, im Interesse deutschen Volkstums und deutscher Kultur, hier und im Ausland und noch mehr für Deutschland selbst und sein Volk. Das ist unser Kampf und nichts anderes. Freilich wissen wir, daß wir im Augenblick gegen Windmühlenslägel kämpfen, aber deshalb gerade darf dieser Kampf keinen Augenblick aufgegeben werden.

gegenüber den Deutschen bemerkbar machen wird. Es ist durch den „Sieg“ Henleins nicht der deutschen Bewegung geholfen worden, sondern dem tschechischen Nationalismus, der nun aufzeigen kann, wie loyal er gegenüber seinen deutschen Bürgern war, die jetzt eine geschlossene illoyale Front unter Henleins Führung gebildet haben. Auf die einzelnen Ergebnisse selbst werden wir noch näher zu sprechen kommen.

### Deutschbürgerliche loben Brest.

Die deutschbürgerlichen Kreise und ihre Presse wissen sich gar nicht genug zu tun an Loyalitätsbeweisen aus Anlaß der Beerdigungsfeierlichkeiten für Marshall Piłsudski. Für diese Kreise ist Piłsudski eigentlich dann erst ein großer Staatsmann geworden, als Polen mit Hitlerdeutschland einen Pakt abgeschlossen hat. Nebenbei aber freut sich dieses Spießbürgertum, daß die Juden in Polen durch Marshall Piłsudski angeblich einen Beschützer verloren haben. Das alles könnte man ihnen gönnen, wenn sie sich in der Anbiederung an die heute Mächtigen soviel Bescheidenheit auferlegen möchten, als notwendig wäre, um der deutschen Minderheit nicht in polnischen Kreisen überflüssige Feinde zu schaffen. So sagte gelegentlich einer Trauerkundgebung in Polen der offizielle Redner der deutschen Vereinigung Dr. Kurt Lüd unter anderem: „Seine (Piłsudskis) Maßnahmen, wie zum Beispiel die Internierung der Führer der Oppositionsparteien in Brest, waren hart, aber sie erweisen sich heute als eine staatspolitische Notwendigkeit.“

Vor allem haben sich die sozialistischen Führer, die man nach Brest schickte, stets als aufrichtige Freunde der Minderheiten erwiesen. Vom Gesichtspunkt der deutschen Minderheit war also die harte Behandlung dieser Menschen kaum staatsnotwendig. Aber der Redner sagt ja schließlich, daß diese staatspolitische Notwendigkeit sich erst heute erwiesen hat. Heute also — doch nicht etwa in Anbetracht der neuen Wahlordnung, die den Deutschen die Möglichkeit nimmt, eine parlamentarische Vertretung zu erhalten? ...

Wie dem auch sei, ein solches Bekenntnis zu Brest verdient eine Gegenleistung, zumindestens in der Gestalt eines geschenkten Mandats bei den nächsten Wahlen. Aber was werden die Polen sagen, die mit Brest nicht einverstanden sind? Glaubt man wirklich, daß diese nichts mehr zu sagen haben?

### Mahnahmen gegen die nationaldemokratische Presse.

Die Leitung der nationaldemokratischen Partei teilt uns in einem Rundschreiben mit, daß ihr Hauptorgan „Gazeta Warszawska“ am Sonnabend 6 (sechs) Mal konfisziert wurde. Seitdem erscheint das Blatt nicht mehr. Wie ferner in dem Rundschreiben bekanntgegeben wird, ist in der Leitung des ebenfalls nationaldemokratischen „Kurjer Lwowski“ ein Kommissar in der Person eines Redakteurs aus dem Regierungslager eingesetzt worden. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß der Verlag die Beiträge für die Zwangsversicherung nicht entrichtet hat. (1)

### Senatspräsident Greiser wieder angeklagt

Der Präsident des Danziger Senats ist Dienstag mittags im Flugzeuge aus Berlin in Genf eingetroffen. Bekanntlich gelangen in der laufenden Völkerbundtagung eine Anzahl von Beschwerden gegen die Danziger Regierung zur Verhandlung. Eine der Hauptbeschwerden betrifft das Verbot der „Danziger Volksstimme“ für die Dauer von fünf Monaten, das nach den letzten Wahlen in Danzig erfolgte.

Seinerzeit hat Greiser im Völkerbundrat dem englischen Außenminister Simon, der als Referent in Sachen einiger Beschwerden auftrat, versichert, daß die Bestimmungen der geltenden Verfassung der Freistadt Danzig eingehalten werden sollen. Wir sind nun begierig zu erfahren, wie nun Herr Greiser die verschiedenen Beschwerden, die auf eine Mißachtung der Verfassungsbestimmungen hinauslaufen, zu widerlegen suchen wird.

### Petroleumdampfer in die Luft gezogen.

In Piräus (Griechenland) flog ein Petroleumdampfer in die Luft. Die 22 Mann starke Besatzung konnte sich schwimmend retten. Mehrere Personen haben schwere Brandwunden erlitten.

### Geschäftliches.

Von der Lotteriekollektur F. Brajstajin. Wie bekannt, fielen am 11. Mai wieder größere Gewinne des Tages, und zwar 10 000 Floty auf Nr. 10 731 und weitere 10 000 Floty auf Nr. 63 170 in der wirklich glücklichsten Lotteriekollektur von F. Brajstajin, Petrikauer Straße 14. Diese Gewinne wurden ausschließlich an Lodzer aus Angestelltenkreisen ausbezahlt. Angesichts dessen ist es kein Wunder, daß die Lose der ersten Klasse in dieser Kollektur sich einer großen Nachfrage erfreuen.



**Lodzer Musik-Berein**  
**„Stella“**

Am 20. Mai 1935 verstarb das Mitglied unseres Vereins, Herr

## David Weber

im Alter von 76 Jahren.  
Der Verstorbene war ein eifriger Förderer unseres Vereins, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.  
Die Herren Mitglieder, aktiv und passiv, werden ersucht, am der morgen, Donnerstag, den 23. Mai, um 5 Uhr nachm., vom Trauerhause, Wolgansta 45/47 aus, auf dem alten kath. Friedhof stattfindenden Beerdigung recht zahlreich teilzunehmen.  
Die Verwaltung



**Verein deutschsprechender**  
**Meister und Arbeiter.**

Hiermit geben wir allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß am 19. Mai 1935 unser Mitglied, Herr

## Rudolf Fliegner

verstorben ist, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.  
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 22. Mai, um 17 Uhr nachm., vom Trauerhause, Orla 5 aus, statt.  
Die Verwaltung

P.S. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der m. Mitglieder wird gebeten.

Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich.  
Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Floty 2.—, wöchentlich Floty —.75;  
Ausland: monatlich Floty 6.— jährlich Floty 72.—  
Einzelnnummer 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Anzeigenpreise: Die siebenzeilige Millimeterzeile 15 Gr., im Text die dreizehnlängere Millimeterzeile 60 Groschen. Stellenangebote 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Floty für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Verlagsgesellschaft „Volkspreffe“ m.b.H.  
Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel.  
Hauptgeschäftsführer: Dipl.-Ing. Emil Zerbe.  
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Otto Seife.  
Druck: „Prasa“ Lodz, Petrikauer 101

